

## Pullfaktor Sozialleistungen für EU-Binnenmigration

Unter 3 % der EU-BürgerInnen (14<sup>1</sup> von 505 Mio) leben in einem anderen EU-Land. Von diesen 14 Mio. haben zwei Drittel einen Arbeitsplatz und vom Rest ist der größte Teil StudentIn oder RentnerIn und genießt den Ruhestand am Mittelmeer.

Die immer wieder diskutierte Unterstellung der Zuwanderung ins Sozialsystem ist überbewertet und auch EU-Sozialkommissar László Andor hält die laufende Debatte über den Sozialmissbrauch für „überemotional und in die Irre führend“<sup>2</sup>.

Das soziale Netz ist z.B. in Österreich für neu zuwandernde Menschen gar nicht zugänglich, was von Innenministerin Mikl-Leitner bestätigt wird<sup>3</sup>.

In manchen europäischen Ländern sind Ansprüche auf Sozialleistungen teilweise anders geregelt – z.B. in Deutschland gibt es Zugang zum Kindergeld und Grundversorgung in der Krankenkasse, auch in Großbritannien und Dänemark gibt es Zugang zu einem kostenlosen Gesundheitssystem.

Trotzdem zeigt die Erfahrung, dass die Entscheidung, in welches Land jemand auswandert, nicht in erster Linie von Ansprüchen auf Sozialleistungen beeinflusst ist, sondern andere Kriterien mehr Bedeutung haben. So leben z.B. von den 3 Millionen ausgewanderten Rumänen und Rumäninnen die meisten nicht in Skandinavien, sondern in Spanien und Italien. Dies zeigt, dass die viel wichtigeren Pullfaktoren die Sprache (romanische Sprache) und soziale Netzwerke (Verwandte und Bekannte, die sich im Land bereits angesiedelt haben) sind. Die Erfahrung mit KlientInnen in unserer Einrichtung ist auch, dass zugewanderte Menschen in erster Linie wegen Arbeitssuche kommen und nicht wegen Sozialleistungen.

Im Vergleich zu den Pullfaktoren haben die Pushfaktoren eine viel höhere Bedeutung bei der Entscheidung auszuwandern.

Folgende Pushfaktoren sind für diese Armutsmigration hauptsächlich verantwortlich:

- Hohe Arbeitslosigkeit<sup>4</sup> mit wenig Aussicht auf Veränderung
- Sehr geringe bis fehlende soziale Absicherung durch Sozialleistungen
- Hohes Armutsrisiko<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/sozialleistungen-in-der-eu-das-bekommen-arbeitslose-eu-auslaender-a-943366.html>

<sup>2</sup> <http://www.welt.de/politik/ausland/article123819727/Andor-nennt-Sozialmissbrauchsdebatte-ueberemotional.html> Welt vom 13.1.2014

<sup>3</sup> „Österreich hat von Anfang klargestellt, dass die im Brief dargestellten Probleme in Österreich nicht wie in anderen EU-Mitgliedstaaten gegeben sind.“ aus Anfragebeantwortung betreffend „Brief an EU-Präsidenschaft und EU-Kommission betreffend Sozialmissbrauch“

[http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/AB/AB\\_14767/fname\\_319486.pdf](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/AB/AB_14767/fname_319486.pdf)

<sup>4</sup> <http://wko.at/statistik/eu/europa-arbeitslosenquoten.pdf> 2013: Österreich 4,9 %, Rumänien 7,2 %, Ungarn 10,2 %, Polen 10,4 %; Bulgarien 12,9 %, Slowakei 14,2 %

<sup>5</sup> <https://www.statistik.at/> Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung Ergebnisse aus EU-SILC 2012: Österreich 18,5%, Slowakei 20,5%, Polen 26,7%, Ungarn 32,4%, Rumänien 41,7%, Bulgarien 49,3%

## **KlientInnengruppen der Sozial- und Rückkehrberatung**

Problemhintergrund:

- Langzeitobdachlose
- ArbeitsmigrantInnen
- Armutsflüchtlinge
- PendlerInnen
- Gestrandete Personen

Nationalitätenverteilung:

- $\frac{3}{4}$  aus fünf Ländern (Rumänien, Slowakei, Polen, Ungarn, Bulgarien)

Altersverteilung:

- 50 % zwischen 30 und 50 Jahre alt

## **Sozialarbeit in der Sozial- und Rückkehrberatung**

Rahmenbedingungen:

- Niederschwelligkeit
- Muttersprachliche BeraterInnen
- Finanzierung durch den FSW

Unterstützungsangebote:

- Perspektivenabklärung
- Notversorgung/Unterbringung
- Dokumentenbeschaffung
- Rückkehrhilfe

Besondere Herausforderungen:

- Steigende KlientInnenzahlen
- Sprachliche Barriere
- Keine sozialrechtlichen Ansprüche
- Fehlende Perspektiven

## **Perspektiven und Forderungen an die Politik**

- Keine Kriminalisierung von Obdachlosigkeit (Campierverordnung, Bettelverbot)
- Ausbau des Unterbringungsangebotes (vor allem während der Sommermonate)
- Zugang zur Mindestsicherung (Einkommen u. Krankenversicherung)
- Aufbau/Ausbau von sozialen Sicherungssystemen in den östlichen EU-Staaten
- Unterstützung durch die EU – nicht nur Wirtschaftsunion, auch Sozialunion

Günter Wimmer, Einrichtungsleiter Zweite Gruft